



Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen
Landesverband Niedersachsen

Landesvorsitzender

VLWN Landesgeschäftsstelle • Ellemstraße 38 • 30175 Hannover

An die
Landtagsverwaltung des
Niedersächsischen Landtags
Herrn Björn Martin
Hanna-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

Telefon: 0511 12357473
Telefax: 0511 12357475
E-Mail: buero@vlwn.de
<http://www.vlwn.de>

05. November 2019

**Anhörung in öffentlicher Sitzung des Kultusausschusses des Niedersächsischen Landtags
am 08.11.2019: Stellungnahme des VLWN zu den vorliegenden Anträgen der Fraktionen von SPD und
CDU – Drs. 18/3930, FDP – Drs. 18/2564 und Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/3662**

Sehr geehrter Herr Martin,

als Anhang erhalten Sie die Stellungnahme des VLWN zu den vorliegenden Anträgen der Fraktionen von
SPD und CDU – Drs. 18/3930, FDP – Drs. 18/2564 und Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/3662.

Bitte leiten Sie dieses Papier an die Mitglieder des Kultusausschusses weiter.

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Maiß
VLWN-Landesvorsitzender

Kulturausschuss am 8.11.2019

Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen:

- **Berufsschulen stärken - Berufliche Bildung in Niedersachsen voranbringen.** Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2564
- **Berufsbildende Schulen stärken und weiterentwickeln.** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3662
- **Berufliche Bildung in Niedersachsen stärken - Sofortmaßnahmen für eine bessere Unterrichtsversorgung auf den Weg bringen.** Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs. 18/3930

Alle Anträge haben das Ziel die berufliche Bildung zu stärken, was dringend notwendig ist.

Wichtig sind hier konkrete Maßnahmen und Handlungen. Lippenbekenntnisse helfen nicht, auch Prüfaufträge sind wenig hilfreich. Parteiübergreifend lassen sich aus den Anträgen folgende Aspekte benennen. Zu diesen Punkten stellen wir Forderungen auf:

Die berufliche Bildung leidet seit Jahren unter einer **chronischen Unterfinanzierung**. Seit Jahren müssen die Schulen mit ca. 90% Budget auskommen. Trotz dieser Unterfinanzierung funktioniert das System noch erfolgreich. Auf Dauer ist dies mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen nicht zu leisten.

- Zur Stärkung der beruflichen Bildung muss ein Budget mit mindestens 100 Prozent bereitgestellt werden.
- Das Budget muss eine „freie Spitze“ im Umfang der Ausgaben der letzten 5 Jahre (25 Millionen) enthalten. 100 € pro Sollbudgetstunde müssen dauerhaft im Haushalt bereitgestellt werden, um die Schulen handlungsfähig zu halten.
- 11.500 Lehrkräfte wären für 100 Prozent Unterrichtsversorgung notwendig. Zurzeit weist der Haushalt 10.445 Stellen für den BBS Bereich aus. Die Forderung des Verbandes nach 500 Stellen bzw. 50 Millionen für die berufliche Bildung sind damit ein logischer Schritt in die richtige Richtung. Ein sukzessiver Aufwuchs von jährlich 100 Stellen im Landeshaushalt ist zwingend notwendig.

Die chronische Unterversorgung führt zur **Überbelastung** aller in Schule tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies geht mehr und mehr an die Substanz der Lehrkräfte. Hohe Krankenstände, Frühpensionierungen, Burnout sowie die Reduzierung der Arbeitszeiten führen dazu, dass die Unterrichtsversorgung weiter zurück geht. Auch steht dies dem Fürsorgegebot des Dienstherrn entgegen. Erschwert wird ebenfalls die Gewinnung von Nachwuchskräften durch diese

Rahmenbedingungen. zur Stärkung der beruflichen Bildung müssen die Rahmenbedingungen in Schule verbessert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden:

- Flexibilisierung der Arbeitszeit
- BYOD Geräte für Lehrkräfte
- Bereitstellung der Arbeitsmittel für Lehrkräfte
- Aktives Gesundheitsmanagement
- 5 Prozent Entlastungspotential (Schulleitungen können 5 Prozent des Stundenbudgets zur individuellen Entlastung von Kolleginnen und Kollegen verwenden)
- Aktualisierte Arbeitszeitordnung, die überfällig ist (siehe Arbeitszeitkommission) und die durch die Digitalisierung ganz neue Dimensionen erhält
- Gerechte finanzielle Rahmenbedingungen; Einstiegsgehalt, Sonderzahlungen
- Angemessene Entwicklungsperspektiven für die Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen.

Der **fehlende Lehrernachwuchs** basiert auch auf fehlenden Ausbildungskapazitäten. Die Lehramtsausbildung ist für die Universitäten nur bedingt interessant. Hier müssen von der Politik zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden, besonders in den beruflichen Fachrichtungen, die Schülerinnen und Schüler der Wirtschaftsbranchen unterrichten, die für Niedersachsen lebensnotwendig sind. Das Augenmerk muss hier auch auf die Punkte Mobilität und Digitalisierung gelegt werden. Die Einstellung von Seiteneinsteigern kann nur Notlösung bleiben. Der grundständigen Lehrerausbildung ist der Vorzug zu geben.

Aus dem Entwicklungsprozess ProReKo ist u.a. das Steuerungssystem über Zielvereinbarungen und auch die fraktale Organisationsstruktur entstanden. Dies hat die berufsbildenden Schulen in ihrer Rolle als wichtige Gestalter der beruflichen Bildung in den niedersächsischen Regionen gestärkt, da sie so auf Besonderheiten und Bedarfe der regionalen Wirtschaft schnell und angemessen reagieren können. Um dem stetigen Wandel und den Bedarfen insbesondere auch in der Fläche gerecht zu werden, benötigen die berufsbildenden Schulen eine Weiterentwicklung der Steuerung, Begleitung und Koordinierung durch die Landesschulbehörde und das Ministerium. Dabei kann es nicht um die zunehmende Kontrolle und Bevormundung der Schulen vor Ort gehen, sondern darum, die relevanten Themen individuell mit den Schulen zu entwickeln und zwischen den einzelnen Standorten zu koordinieren. Hierfür fordert der VLWN die Weiterentwicklung nach dem Modell des HIBB.

Durch die **Digitalisierung** ändert sich unsere Gesellschaft und damit verbunden die Berufswelt grundlegend. Alte Berufe verschwinden, neue Berufe entstehen. Schule muss darauf reagieren und sich anpassen. Durch den Digitalpakt und den Digitalen Masterplan stehen umfassende Haushaltsmittel zur Verfügung. Die technische Seite der Entwicklung scheint lösbar. Für die Umsetzung bedarf es einiger zusätzlicher Faktoren:

- Es fehlt eine **Vision** für die Digitale Schule. Mit der Ziellinie 2020 ist diese zwar umrissen worden. Aber dieser politischen Willenserklärung fehlt die Ernsthaftigkeit.
- Damit verbunden fehlt der **virale Effekt**, warum sich Schule ändern soll.
- Digitale Schule ist mehr als Word und PowerPoint aus dem Internet. Schulungen und Best-Practice-Beispiele müssen die Idee der Digitalisierung konkretisieren.
- **BYOD** bis 2020 und eine **Bildungscloud** stehen im Raum und wurden versprochen. Eine Umsetzung ist noch nicht absehbar.
- Es fehlt das **Fortbildungskonzept** für über 10.000 Berufsschullehrkräfte.

- Es fehlt der **Content** für den Unterricht und die pädagogischen Konzepte. OER (Open Educational Resources) integriert in die Bildungscloud und kollaborative Projekte zwischen den Schulen müssen geschaffen werden.
- Es gab ein **L3S**, das sich mit der Frage beschäftigte, wie Technik in Schule genutzt werden kann. Genau das hat zurzeit kein Bundesland - ein Institut, das die technischen Möglichkeiten in und für Schule erforscht, das die pädagogische Chancen erprobt und Lehrerbildung in allen Phasen unterstützt.
- Die **Haushaltsmittel** für Lehrerfortbildung müssen drastisch erhöht werden. Die Bereitstellung von 800.000 Euro für 85.000 Lehrkräfte sind – insbesondere im Kontext Bildung 4.0 – nicht nachvollziehbar.
- Fünf Prozent Fortbildungsvolumen, das schulspezifisch eingesetzt werden kann.

Berufliche Bildung, ausgestattet mit dem Vertrauen der Landesregierung, mit 100 Prozent Budget sowie mit gut ausgebildeten, gesunden und motivierten Lehrkräften führt dauerhaft zu qualitativ hochwertigem Unterricht, der einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes und unseres Wohlstandes leistet.

Die Auflösung der Niedersächsischen Landesschulbehörde bietet hier eine große Chance. In Anlehnung an die Institute für Berufliche Bildung in anderen Bundesländern kann hier eine innovative Lösung geschaffen werden, die nicht mehr als Stiefkind in der Bildungsfamilie gesehen wird. Hier kann der beruflichen Bildung die Relevanz zukommen, die ihr – bezogen auf ihre Rolle als Sicherer der Nachwuchskräfte für die niedersächsische Wirtschaft – zusteht.

Sehr geehrte Damen und Herren des Kultusausschusses,

es gab eine Zeit, da waren Sie bzw. Ihre Vorgänger sehr mutig und weitsichtig. Niedersachsen spielte in der ersten Liga der Weiterentwicklung von beruflicher Bildung mit. Ihre Anträge zeigen, dass Sie verstanden haben, dass eine Novellierung von beruflicher Bildung unerlässlich ist. Die Probleme der BbS sind im Flächenland vielfältig. Dies ist uns und Ihnen bewusst. Mit Ihrer Unterstützung sind diese lösbar. Wir sind dazu bereit.